

Am 6.11.2023 wurde im BGBl. I, Nr. 294 die 11. GWB-Novelle verkündet. Sie ist damit seit dem 7.11.2023 in Kraft. Die 11. GWB-Novelle war eine Antwort auf die krisenhaften (Preis-)Entwicklungen, die infolge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine besonders deutlich zutage getreten sind (vgl. PM Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – BMWK vom 6.11.2023). Ein zentraler Bestandteil der Novelle ist die Erweiterung der Befugnisse des Bundeskartellamts (BKartA) um Abhilfemaßnahmen im Anschluss an eine Sektoruntersuchung (vgl. PM BKartA vom 7.11.2023). Dazu *Andreas Mundt*, Präsident des BKartA: „Die 11. GWB-Novelle ermöglicht es dem Bundeskartellamt, erhebliche und dauerhafte Störungen des Wettbewerbs auch ohne nachgewiesenen Rechtsverstoß anzugehen. Die Novelle erweitert damit unser Instrumentarium. Dabei sind die Hürden für die im Gesetz vorgesehenen Einzelmaßnahmen hoch. Die entsprechenden Verfahren werden aufwändig sein. Dies gilt in besonderem Maße für die als ultima ratio vorgesehene Entflechtung. Wir hoffen daher sehr, dass das Bundeskartellamt die in der 11. GWB-Novelle vorgesehenen Ressourcen erhält, auch vor dem Hintergrund der im Übrigen gewachsenen Zuständigkeiten des Amtes.“ Zur Nutzung dieser neuen Befugnisse bedürfe es zunächst einer Sektoruntersuchung, für die eine Sollfrist von 18 Monaten vorgesehen ist. Die Sektoruntersuchung ende mit einem Abschlussbericht, an dessen Veröffentlichung eine weitere 18-monatige Sollfrist für etwaige Folgemaßnahmen anknüpft. Im Anschluss an die Sektoruntersuchung könne das BKartA in einem zweiten Schritt eine Wettbewerbsstörung feststellen. Eine solche Verfügung ergehe gegenüber bestimmten Adressaten – den potentiellen Adressaten von Maßnahmen – und könne von diesen angefochten werden. Die Störung muss erheblich und fortwährend sein – d.h. seit drei Jahren bestehen und voraussichtlich zumindest weitere zwei Jahre andauern – und die bisherigen Befugnisse dürfen nach einer prima facie-Bewertung nicht ausreichen, um die Störung wirksam und dauerhaft zu beseitigen. Die Adressaten müssten jeweils durch ihr Verhalten und ihre Bedeutung für die Marktstruktur zu der Störung wesentlich beigetragen haben. In einem dritten Schritt bestehe für das BKartA die Möglichkeit, gegenüber den Adressaten der zuvor getroffenen Feststellungsverfügung Abhilfemaßnahmen anordnen, um die Störung zu beseitigen oder zu verringern. Soweit Abhilfemaßnahmen die Veräußerung von Unternehmensteilen zum Gegenstand hätten, gelten weitere Voraussetzungen. Die Beschwerde gegen Abhilfemaßnahmen jeglicher Art habe aufschiebende Wirkung. – Vgl. hierzu auch *Hahn*, Die Erste Seite, BB Heft 45/2023 sowie den Beitrag von *Schreitter/Sura* in der nächsten BB-Ausgabe.



*Uta Wichering*,  
Ressortleiterin  
Wirtschaftsrecht

## Entscheidungen

### BGH: Bakterienkulturen

- a) Ein Erzeugnis stellt ein Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Buchst. g der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 dar, wenn krankheitsbedingt ein erhöhter oder spezifischer Nährstoffbedarf besteht, der durch das Lebensmittel gedeckt werden soll. Für eine solche Einstufung reicht es nicht aus, dass der Patient allgemein aus der Aufnahme dieses Lebensmittels deswegen Nutzen zieht, weil darin enthaltene Stoffe der Störung entgegenwirken oder deren Symptome lindern (Anschluss an EuGH, Urteil vom 27. Oktober 2022 – C-418/21, GRUR 2022, 1765 [juris Rn. 59] = WRP 2022, 1484 – Orthomol).
- b) Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Buchst. g der Verordnung (EU) Nr. 609/2013 zeichnen sich durch ihre spezifische Ernährungsfunktion aus und enthalten Nährstoffe im Sinne des Art. 2 Abs. 2 Buchst. s LMIV. Produkte, die in natürlicher Weise im menschlichen Darm vorkommende Bakterien enthalten, sind keine solchen Lebensmittel, weil Bakterien keine Nährstoffe in diesem Sinne sind.
- c) Der Vertrieb und die Bewerbung von Produkten, die Bakterienkulturen enthalten, „zum Diätmanagement“ ist irreführend, wenn diese Angabe den angesprochenen Verkehrskreisen suggeriert, es handele sich bei den Produkten um Lebensmittel für besondere medizinische Zwecke.

**BGH**, Urteil vom 13.7.2023 – I ZR 68/21  
(Amtliche Leitsätze)

Volltext: [BB-ONLINE BBL2023-2625-1](https://www.betriebs-berater.de)  
unter [www.betriebs-berater.de](https://www.betriebs-berater.de)

### BGH: Übereinstimmende (Teil-)Erledigung in Revision und Mehrkostenauflegung bei verzögerter Erledigungserklärung

- a) Im Fall übereinstimmender Erledigungserklärungen hinsichtlich eines Teils des Rechtsstreits hat das Revisionsgericht in Abweichung von dem Grundsatz der Einheitlichkeit der Kostenentscheidung auch dann, wenn nur ein Teil des Rechtsstreits bei ihm und ein weiterer Teil in einer der Vorinstanzen weiter anhängig ist, eine Kostenentscheidung nach § 91a Abs. 1 ZPO für den erledigten Teil des Rechtsstreits zu treffen. Zur Vermeidung widersprechender Kostenentscheidungen muss sich diese Kostenentscheidung auch auf die diesbezüglich in den Vorinstanzen entstandenen Verfahrenskosten erstrecken (vgl. BGH, Beschluss vom 12. Dezember 1975 – I ZR 48/74, MDR 1976, 379 [juris Rn. 7]; Beschluss vom 8. April 2015 – VII ZR 254/14, NJW 2015, 1762 [juris Rn. 6]).
- b) Gibt eine Partei die Erledigungserklärung verzögert ab, kann es im Rahmen der nach § 91a Abs. 1 ZPO zu treffenden Ermessensentscheidung gerechtfertigt sein, ihr die hierdurch entstandenen Mehrkosten aufzuerlegen (vgl. BGH, Beschluss vom 19. Juni 2007 – KVR 23/98, WRP 2008, 252 [juris Rn. 11]).

**BGH**, Beschluss vom 12.7.2023 – I ZR 17/22  
(Amtliche Leitsätze)

Volltext: [BB-ONLINE BBL2023-2625-2](https://www.betriebs-berater.de)  
unter [www.betriebs-berater.de](https://www.betriebs-berater.de)

### BGH: Zweiterwerb von Fondsanteilen, Pflicht zur Prüfung der Anwendbarkeit von deutschem oder ausländischem Sachrecht

- a) Beim Zweiterwerb von Fondsanteilen gehen nicht in den Anteilscheinen verbrieft Sekundäransprüche auf den Zweiterwerber nur über, wenn sie mit dem verbrieften Recht mitübertragen worden sind (Fortführung von Senat, Urteile vom 21. April 2022 – III ZR 268/20, WM 2022, 1057 [BB 2022, 1357] und vom 2. März 2023 – III ZR 108/22, WM 2023, 722 [BB 2023, 834, Ls.]).
- b) Zur Pflicht des Gerichts zu prüfen, ob auf den geltend gemachten Anspruch deutsches oder ausländisches Sachrecht anzuwenden ist (vgl. BGH, Urteile vom 7. April 1993 – XII ZR 266/91, NJW 1993, 2305; vom 6. März 1995 – II ZR 84/94, WM 1995, 1060; vom 21. September 1995 – VII ZR 248/94, WM 1995, 2113; vom 25. September 1997 – II ZR 113/96, NJW 1998, 1321 und vom 12. November 2003 – VIII ZR 268/02, WM 2004, 1183).

**BGH**, Urteil vom 21.9.2023 – III ZR 139/22  
(Amtliche Leitsätze)

Volltext: [BB-ONLINE BBL2023-2625-3](https://www.betriebs-berater.de)  
unter [www.betriebs-berater.de](https://www.betriebs-berater.de)

### BGH: beA – Anforderungen an Kontrolle einer Eingangsbestätigung nach § 130a Abs. 5 S. 2 ZPO

Zu den organisatorischen Anforderungen an die Kontrolle einer Eingangsbestätigung nach § 130a Abs. 5 Satz 2 ZPO.